

# Kolumne : es geht um Rohstoffe, nicht um Menschenrechte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **100 (2006)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Josef Lang

## Es geht um Rohstoffe, nicht um Menschenrechte

Der gleiche Bundesrat, dem die Loyalität zu den USA über den Menschenrechten steht, hat ein Freihandelsabkommen mit den gleichen USA zum Scheitern gebracht. Stellt das meine in der WoZ (4. August 2005) aufgestellte These, dass der Bundesrat in der ersten Hälfte des Jahres einen *Kurswechsel zu den USA* vollzogen hat, in Frage? Damals hatte ich unter Hinweis auf die Panzerexporte nach Irak und Pakistan oder auf die am 19. Mai 2005 vom Gesamtbundesrat bekannt gegebenen «qualitativen und quantitativen Verbesserungen» der Zusammenarbeit mit den USA eine «ausserpolitischen Wende» festgestellt. In der Zwischenzeit ist noch die CIA-Affäre dazu gekommen.

Bereits im damaligen Kommentar «*Die Schweiz dockt an*» hatte ich betont: «Der wichtigste Grund für eine neue Ausserpolitik dürfte aber darin liegen, dass sich der Bundesrat macht- und sicherheitspolitisch stärker ins Schlepptau der USA begeben will.» Die wirtschaftliche Zusammenarbeit läuft auch ohne besondere Abkommen, das zeigen nicht zuletzt die Riesengewinne der Pharmakonzerne. Auch für die USA ist die ausserpolitische, insbesondere die sicherheitspolitische Loyalität der Schweiz viel wichtiger als die Erhöhung der Exportchancen für die Agrarwirtschaft.

Die USA beurteilen die Welt aufgrund ihres Verhältnisses zum «war on terror». Wer mitmacht, wird belohnt, wer nicht mitmacht, wird bestraft. Selbstverständlich erwarten die USA nicht von allen dasselbe. Von *Grossbritannien* erwarten sie das aktive Mitmachen bei der Kriegführung. Von *Deutschland* erwarten sie, wenn es bei einem völkerrechtswidrigen Krieg schon nicht mitmacht, dass es mindestens logistische Hilfe leistet und den Bundesnachrichtendienst zur Verfügung stellt. Was die *Schweiz* betrifft, sind die USA vor allem daran interessiert, die *Legitimitätsressource* «*Neutralität*» anzuzapfen. Diese hat weltweit, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, ein grosses Prestige. Das war der Hauptgrund, dass die USA Schweizer Panzer im Irak einsetzen wollte. Das gleiche gilt für Afghanistan, wo ein Schweizer Einsatz zusätzlich dazu dient, andere Länder stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Tatsache, dass die symbolische Bedeutung der Beteiligung am «war on terror» wichtiger ist als die materielle und personelle, heisst nicht, dass diese bedeutungslos wäre. Vor allem auf der Ebene der Geheimdienste ist die Zusammenarbeit sehr eng und für die USA und Grossbritannien sehr nützlich.

Was die schweizerische Seite betrifft, besteht seitens der Armeeführung ein hohes Interesse, die *militärischen Auslandseinsätze* auszubauen. Weil die Landesverteidigung ebenso anachronistisch geworden ist, wie es im frühen 19. Jahrhundert die Schanzen, Bollwerke und Mauern der Städte waren, und weil die Einsätze im Inneren höchst umstritten und verfassungswidrig sind, ist die Armee zur Sicherung ihrer eigenen Existenz auf eine Vermehrfachung der Auslandseinsätze angewiesen. Dieses Interesse der Schweizer Armee trifft sich nicht nur mit dem des US-amerikanischen «war on terror». Beide treffen sich in den zwei historischen Hauptaufgaben aller Armeen der entwickelten kapitalistischen Länder: der *Sicherung der Rohstoffquellen* und Roh-

---

stoffzufuhr und der *Abwehr von Migrationsströmen*. Man befürchtet nicht zuletzt, dass der durch die Treibhausgase verursachte Klimawandel riesige Völkerwanderungen provozieren könnte.

Wer die *Krisenszenarien* der USA, der Nato, der EU wie auch der Schweizer Armee studiert, der trifft immer auf die zwei erwähnten Hauptgefahren. Als sich die Nato im April 1999 unmittelbar nach ihrem völkerrechtswidrigen Kosovokrieg von einem atlantischen Defensiv- in ein *globales Offensivbündnis* verwandelte, betrachtete sie in ihrem Strategiedokument die «Garantie der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen» sowie die «Abwehr der unkontrollierten Bewegung einer grossen Zahl von Menschen» als ihre Hauptaufgaben. Um Ähnliches geht es bei den Interventions-Szenarien der *Europäischen Union*, wie beispielsweise ihr European Defence Paper aus dem Jahre 2004 illustriert: «In einem Land x, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.» Ziel sei es, «das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallation, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.»

Da die EU realistischerweise davon ausgeht, dass die UNO für eine solche Neuaufgabe der alten Kanonenbootpolitik schwer zu gewinnen ist, verzichtete sie in der glücklicherweise abgelehnten Verfassung vorsorglicherweise auf eine Mandatierung durch den Sicherheitsrat. In ihren «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» vom Februar 2000 begründete auch die Schweizer Armee die «Ausrichtung des Gesamtsystems auf Interoperabilität» mit der Nato durch folgende «Risiken»: «Ressourcen, Wasser- und Nahrungsmittelmangel sowie Armutswanderungen.» Bereits vor dem 11. September 2001 empfahl US-Vizepräsident Dick Cheney in Punkt 8 der «National Energy Policy», Sanktionen gegen andere Staaten in den

---

Dienst der eigenen Energieversorgung zu stellen.

In der Sicherung der hauptsächlich in der Dritten Welt vorkommenden Rohstoffe zugunsten eines auf den *Fossilismus* bauenden Kapitalismus und in der Absicherung des Nordwestens dieses Planeten gegen die Armen des Südens liegt der Sinn des *globalen Neomilitarismus*. Allerdings hätte sich dieser mit den Argumenten, wie sie in internen Szenarien geschildert werden, nie derart ausbreiten können. Das gelang ihm nur mit einer *Menschenrechts-Rhetorik*, für die Tyrannen wie *Slobodan Milosevic* die Rolle eines «diabolus ex machina» spielten.

Neu ist der *Missbrauch guter Ideale für schnöde Interessen* nicht. Als die britische Armee *Indien* besetzte, tat sie es mit dem Argument, die Barbarei der Witwenverbrennung auszurotten. Als die Briten *Indien* verliessen, waren sie viel reicher, die *Inder* viel ärmer und die Witwenverbrennung gab es immer noch. Als König *Leopold* den *Kongo* kolonialisierte, was einem Drittel der Menschen das Leben kostete, lautete sein auch von Idealisten geglaubtes Motiv, es gehe um die Befreiung *Schwarzafrikas* vom arabischen Sklavenhandel.

Als das Schweizer Volk vor fünf Jahren, im Juni 2001, die *bewaffneten Auslandseinsätze* guthiess, war noch nicht klar, wofür es beim kontinentalen und globalen Ausgreifen der helvetischen und anderer Armeen ging. Heute kommt die Befürwortung weiterer Auslandseinsätze einem Ja zur Neuaufgabe des *europäischen Kolonialismus* und zur Stärkung des *US-Imperialismus* gleich. Und es bedeutet die Komplizenschaft bei der Verletzung von Menschenrechten, bei der Spaltung zwischen muslimischer und abendländischer Welt und bei der Verlängerung einer Rohstoff- und Energiepolitik, welche mit dem Krieg schwanger geht. ●